

Roland Angerer

Zum Praxisbezug der wirtschaftswissenschaftlichen FH-Studiengänge

Vergl. Studie: Österreich - Baden-Württemberg

Doktorarbeit / Dissertation

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek:

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek: Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de/> abrufbar.

Dieses Werk sowie alle darin enthaltenen einzelnen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung, die nicht ausdrücklich vom Urheberrechtsschutz zugelassen ist, bedarf der vorherigen Zustimmung des Verlanges. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Bearbeitungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen, Auswertungen durch Datenbanken und für die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronische Systeme. Alle Rechte, auch die des auszugsweisen Nachdrucks, der fotomechanischen Wiedergabe (einschließlich Mikrokopie) sowie der Auswertung durch Datenbanken oder ähnliche Einrichtungen, vorbehalten.

Copyright © 2000 Diplomica Verlag GmbH
ISBN: 9783832451493

Roland Angerer

Zum Praxisbezug der wirtschaftswissenschaftlichen FH-Studiengänge

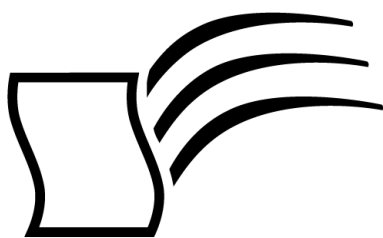
Vergl. Studie: Österreich - Baden-Württemberg

Roland Angerer

Zum Praxisbezug der wirtschaftswissenschaftlichen FH-Studiengänge

Vergl. Studie: Österreich - Baden-Württemberg

Dissertation
an der Johannes Kepler Universität Linz
Fachbereich Sozial- und Wirtschaftswissenschaften
April 2000 Abgabe



Diplom.de

Diplomica GmbH _____
Hermannstal 119k _____
22119 Hamburg _____

Fon: 040 / 655 99 20 _____
Fax: 040 / 655 99 222 _____

agentur@diplom.de _____
www.diplom.de _____

ID 5149

Angerer, Roland: Zum Praxisbezug der wirtschaftswissenschaftlichen FH-Studiengänge: Vergl. Studie: Österreich - Baden-Württemberg / Roland Angerer - Hamburg: Diplomica GmbH, 2002
Zugl.: Linz, Universität, Dissertation, 2000

Dieses Werk ist urheberrechtlich geschützt. Die dadurch begründeten Rechte, insbesondere die der Übersetzung, des Nachdrucks, des Vortrags, der Entnahme von Abbildungen und Tabellen, der Funksendung, der Mikroverfilmung oder der Vervielfältigung auf anderen Wegen und der Speicherung in Datenverarbeitungsanlagen, bleiben, auch bei nur auszugsweiser Verwertung, vorbehalten. Eine Vervielfältigung dieses Werkes oder von Teilen dieses Werkes ist auch im Einzelfall nur in den Grenzen der gesetzlichen Bestimmungen des Urheberrechtsgesetzes der Bundesrepublik Deutschland in der jeweils geltenden Fassung zulässig. Sie ist grundsätzlich vergütungspflichtig. Zuwiderhandlungen unterliegen den Strafbestimmungen des Urheberrechtes.

Die Wiedergabe von Gebrauchsnamen, Handelsnamen, Warenbezeichnungen usw. in diesem Werk berechtigt auch ohne besondere Kennzeichnung nicht zu der Annahme, dass solche Namen im Sinne der Warenzeichen- und Markenschutz-Gesetzgebung als frei zu betrachten wären und daher von jedermann benutzt werden dürften.

Die Informationen in diesem Werk wurden mit Sorgfalt erarbeitet. Dennoch können Fehler nicht vollständig ausgeschlossen werden, und die Diplomarbeiten Agentur, die Autoren oder Übersetzer übernehmen keine juristische Verantwortung oder irgendeine Haftung für evtl. verbliebene fehlerhafte Angaben und deren Folgen.

Diplomica GmbH
<http://www.diplom.de>, Hamburg 2002
Printed in Germany

Kurzfassung

Die Arbeit gibt zu Beginn einen Einblick in die Entstehungsgeschichte der Fachhochschulen in Baden-Württemberg und Österreich. Ausgehend vom Hochschulgesamtplan wird die Entwicklung der Fachhochschulen bis heute beschrieben. Am Beispiel einer Fachhochschule wird die regionale Bedeutung dieser Schulform gezeigt. Ein kurzer statistischer Teil und die Skizzierung einer "wahrscheinlichen" zukünftigen Entwicklung des FH-Sektors und jener Faktoren, die diese heute schon determinieren, runden das Bild ab.

Der zweite Teil beschäftigt sich, ausgehend von gesetzlichen Rahmenbedingungen, mit jenen Faktoren, welche den Fachhochschulsektor vom universitären Sektor unterscheiden und hier vor allem mit dem postulierten Praxisbezug. Der Autor entwickelt einen Ansatz, der die Marktorientierung der wirtschaftswissenschaftlichen Fachhochschul-Studiengänge unter den Bedingungen des IT-Zeitalters in den Vordergrund stellt. Neben der Qualitätssicherung im Fachhochschulbereich werden auch jene Absolventenqualifikationen behandelt, die in der derzeitigen und zukünftigen Unternehmenspraxis von tragender Bedeutung sind. Der Auslobung der Studiengänge durch die Betreiber und der Untersuchung der Lehrpläne auf praxisorientierte Ausbildungsteile wird in einer Analyse breiter Raum gewidmet. Abschließend wird die Wettbewerbssituation in Österreich thematisiert und die fundamentalen Veränderungsprozesse im gesamten Hochschulsystem dargelegt.

Der letzte Teil, das eigentliche Herzstück der Arbeit, stellt die Einschätzung der Brauchbarkeit der Fachhochschule im Vergleich zur Universität durch eine Befragung der größten Unternehmungen in Österreich und Baden-Württemberg in den Vordergrund. In einer empirischen Studie wird die Meinung der Wirtschaft zu Faktorenbündel, wie der Zusammenarbeit mit Fachhochschulen bei Projekten und Praxis(halb)jahr, der "wahrscheinlichen" betrieblichen Einstellungsbereiche und Aufgabengebiete für Absolventen, der Wunschvorstellungen an ein praxisorientiertes, tertiäres Ausbildungssystem hinsichtlich Lehrplan, Lehrende und Trägervereinigung, aber auch Mankos der derzeitigen Ausbildung im tertiären Bildungssegment, abgebildet.

Die Arbeit zeigt, daß dem Absolventen von Fachhochschulen im allgemeinen, gewisse, klar abgegrenzte Aufgaben und Positionen in den Unternehmungen vorrangig zugedacht sind und daß sie aufgrund des Praxis(halb)jahres eine erhöhte Sicherheit haben, hier rascher eine Anstellung zu finden. Sie zeigt aber auch, daß zwischen dem Bild, welches die Betreiber von Fachhochschulen den Bildungswilligen vermitteln und dem Image, welches Fachhochschulen und deren Absolventen in der Wirtschaft haben, zum Teil erhebliche Unterschiede bestehen.

Abstract

At the beginning the work gives an insight about the history of "Fachhochschulen" in Baden-Württemberg and Austria. Starting with the "Hochschulgesamtplan" the development of the "Fachhochschulen" is described. The regional value of this type of school is pointed out through an example. A short statistical chapter and the outlining of a "most likely" future development, in this for Austria relatively new educational sector, completes the relatively comprehensive picture.

The second part starts with the legal framework and consequently then, deals with those factors which determine the difference between the "Fachhochschulen" and the university sector; mainly the practical experience within the process of education.

The author develops an approach which focuses on the market orientation of "Fachhochschul"-courses under conditions of 'information age'. Among quality assurance and a better education in 'social skills' and some sort of 'visions' pronounced to the public, an analysis of curricula structure was conducted, giving an overview about educational parts based on practical experience. Finally the competitive market situation and the driving forces behind are on discussion.

The third part focuses on a poll which should mirror the estimates of the biggest corporations (employers) in Austria and Baden Württemberg about the usefulness of an education in "Fachhochschulen" compared to the "University" system. Co-working on projects, willingness to assist on a practical term, the assumed functional workplaces for graduates, finally wishes on a practical tertiary educational system with respect to curricula, trainers, administrative staff and providers, as well as weaknesses in the actual tertiary academic market were examined and commented.

The dissertation proves that graduates of "Fachhochschulen" will have clearly defined and structured task oriented jobs (positions) in certain organizational segments, and also will have the better chance to get a job right after graduation due to the practical term in their education. However, the research also proves, that there are major differences in the images of "Fachhochschulen" as marketed to prospective students on the one side and the 'pay value' of this tertiary education as seen by prospective employers on the other side!

Danksagung

Besonderer Dank an erster Stelle gebührt Herrn Christian Leeb, welcher im herzhaften Diskurs den Autor vor allem von der Wesentlichkeit der Nachjustierbarkeit von Bildung an sich und in der zukünftigen Praxis überzeugen konnte und dem Autor so des öfteren neue Betrachtungsperspektiven im Kontext der Bildungsarbeit ermöglichte.

Herrn Günter Matzinger möchte der Autor aus zweierlei Gründen Lob aussprechen. Zum ersten zeichnet er verantwortlich für die künstlerisch-grafische Gestaltung der Arbeit und zum anderen war er für Überlegungen verantwortlich, welche die zukünftige Praxisrelevanz der derzeitigen Ausbildungen betreffen und letztendlich im Arbeitsansatz Eingang fanden. Seinem Bruder Dietmar verdanke ich durch seine langjährige Erfahrung Einsichten in produktions(praxis)nahe Tätigkeitsbilder im internationalen Anlagengeschäft.

Herrn Dr. Merl gelang es, den Autor immer wieder für diese Arbeit zu motivieren und ihm zu helfen, sich – über eine Fülle von gleichzeitig zu behandelnden Entscheidungstatbeständen hinweg - auf das Wesentliche zu konzentrieren.

Meiner Weggefährtin und Mutter meiner Kinder Ilse möchte ich für die Endkorrektur danken. Möge das Vorliegen dieser Arbeit das Entstehen ihrer eigenen Abschlußarbeit beflügeln, das wünsche ich sehr!

Schlußendlich bedanke ich mich bei meinen beiden Begutachtern Herrn o. Univ. Prof. Dr. Zapotoczky und Herrn o. Univ. Prof. Dr. Rudolf Kropf. Erstens gelang es beiden, mich so zu unterstützen, daß die Arbeit mit dem nötigen Engagement verfaßt wurde und zweitens zeigten sie Verständnis und Geduld bei manchmal verschobenen Terminen. Daß ich von den begleitenden Seminaren zu dieser Arbeit einiges als Erinnerung mitgenommen habe, versteht sich von selbst. Dankeschön!

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Vorwort	XII
TEIL I	
Entwicklungsgeschichte der Fachhochschulen (unter besonderer Berücksichtigung der Situation in Baden-Württemberg)	
1. Einleitung und Vorgeschichte	
1. 1. Einleitung	1
1. 2. Vorgeschichte (unter besonderer Berücksichtigung der Ingenieurschulen in Baden-Württemberg)	2
2. Die Entwicklung der Fachhochschulen in Baden-Württemberg	
2. 1. Auf dem Weg zur Fachhochschule – Hochschulgesamtplan	4
2. 2. Das Jahr 1968 in der Retrospektive	7
2. 3. Die Fachhochschulen bis in die 90er Jahre	8
2. 3. 1. Gründungsphase: 1971 – 1975	8
2. 3. 2. Konsolidierungsphase: 1976 – 1980	13
2. 3. 3. Ausbauphase: 1981 – 1990	14
2. 3. 4. Die Situation in den 90er Jahren	15
2. 3. 4. 1. Empfehlungen der Strukturkommission "FH 2000"	15
2. 3. 4. 2. Empfehlungen des Wissenschaftsrates	18
2. 4. Die Entwicklung der Hochschullandschaft aus statistischer Sicht	21
2. 5. Regionalgeschichte: FHF - Fachhochschule Furtwangen	24
3. Die Entwicklung der Fachhochschulen in Österreich	
3. 1. Zur Diskussion über nichtuniversitäre Hochschulstrukturen	29
3. 2. Fachhochschulkonzepte und die Installierung von Fachhochschul-Studiengängen	32
3. 3. Die Entwicklungs- und Finanzierungsplanung für den Fachhochschulbereich	34
3. 4. Die quantitative Entwicklung aus statistischer Sicht	35
4. Zukünftige Entwicklungen	
4. 1. Zukünftige Entwicklungen in Baden-Württemberg	37
4. 1. 1. Anstehende Problematiken	38

	Seite
4. 1. 2. Kernziele einer Reform	40
4. 1. 2. 1. Hochschulstrukturentwicklung	40
4. 1. 2. 2. Studienstrukturreform	41
4. 1. 2. 3. Hochschulzugang	41
4. 1. 2. 4. Hochschulfinanzierung	42
4. 1. 2. 5. Stärkung der strategischen Kompetenz der Hochschule	42
4. 1. 2. 6. Personalautonomie	42
4. 1. 2. 7. Neue Technologien für Lehre und Forschung	43
4. 1. 2. 8. Private Hochschulen als Ergänzung und Stimulans	44
4. 2. Überlegungen zur österreichischen Entwicklung	45

TEIL II

Determinanten des Praxisbezuges beim Auftritt der Fachhochschul-Studiengänge am Markt

1. Einleitung	49
2. Gesetzliche Rahmenbedingungen	
2. 1. Das Fachhochschul-Studiengesetz – FHStG	52
2. 1. 1. Ziele und leitende Grundsätze von Fachhochschul-Studiengängen	52
2. 1. 2. Die staatliche Regelung im Überblick	54
2. 1. 3. Der Fachhochschulrat als zentrales Element der Qualitätssicherung	55
2. 2. Kritische Betrachtung des Gesetzes	56
2. 3. Mögliche Fehlentwicklungen aufgrund des Regulationssystems	59
2. 4. Absichtserklärung der Regierung zur zukünftigen Entwicklung	61
3. Problemdefinition und Arbeitsansatz	
3. 1. Zur Niveauproblematik von Fachhochschule und Universität	62
3. 2. Zum Problem des Praxisbezuges in der Ausbildung	64
3. 3. Arbeitsansatz	69
4. Qualitätssicherung im FH-Bereich	
4. 1. Bewertungsproblem Qualität	71
4. 2. Das Verfahren der internen und externen Evaluation	73
4. 3. Die österreichische Situation	75
4. 4. Die studentische Lehrevaluation	78

	Seite
5. Absolventenqualität - Schlüsselqualifikationen	
5. 1. Das Konzept von Mertens	80
5. 2. Der Ansatz von Brater	84
5. 3. Der Ansatz von Grabowski	87
6. Ausgewählte Parameter des Marktauftrittes der einzelnen FH-Studiengänge	
6. 1. Selbstdarstellung im Informationsmaterial – Kommunikation	89
6. 2. Analyse des Lehrplans	94
6. 2. 1. Analysestruktur und Restriktionen	94
6. 2. 2. FIRST – Finanz-, Rechnungs- und Steuerwesen	95
6. 2. 3. Marketing and Sales	97
6. 2. 4. Unternehmensführung für die mittelständische Wirtschaft – Management	98
6. 2. 5. Tourismusmanagement	99
6. 2. 6. Kommunikationswirtschaft	101
6. 2. 7. Europäische Wirtschafts- und Unternehmensführung	102
6. 2. 8. Bank- und Finanzwirtschaft	103
6. 2. 9. Wirtschaftsberatende Berufe	104
6. 2. 10. Tourismusmanagement und Freizeitwirtschaft	105
6. 2. 11. Exportorientiertes Management EU-ASEAN-NAFTA	106
6. 2. 12. Internationale Wirtschaftsbeziehungen	107
6. 2. 13. Produktions- und Managementtechnik (PMT)	108
6. 2. 14. Marketing (Verkaufsmanagement bzw. Internationale Geschäftstätigkeit)	109
6. 2. 15. Kommunales Management	110
6. 2. 16. Informationswirtschaft und –management	111
6. 2. 17. Unternehmensgestaltende Berufe	112
7. 1. 18. Internationale Wirtschaft & Management	113
6. 2. 19. Betriebliches Prozeß- und Projektmanagement	114
6. 3. Der Andrang an die Fachhochschul-Studiengänge	115
7. Abschließende Betrachtungen	
7. 1. Kritische Würdigung der aufgearbeiteten Materie	119
7. 2. Praxisorientierung und Wettbewerb unter Berücksichtigung von Marktsättigung und Anbieterstruktur	122
7. 2. 1. Fehlendes Marktpotential für Praxisplätze und Projekte	122
7. 2. 2. Anbieteroligopole und die Steuerung von Ausbildungssegmenten	123
7. 3. Der standortgerechte Dienstleistungsbetrieb “Hochschule“	125

TEIL III**Zur Position der FH-Studiengänge in Österreich und Baden-Württemberg aus der Sicht der Personalverantwortlichen der mitarbeitergrößten Unternehmen**

1. Einleitung	129
2. Eindimensionale Auswertung (Österreich)	133
3. Eindimensionale Auswertung (Baden-Württemberg)	161
4. Mehrdimensionale Auswertungen	186
5. Resümee zur Forschung	
5. 1. Zusammenfassung der Ergebnisse	203
5. 1. 1. Indikatoren der Zusammenarbeit von Fachhochschulen mit Unternehmen bei Projekten (Studenten/Trainer – Projektarbeit – Wirtschaft)	203
5. 1. 2. Faktoren, die Einschätzungen von Absolventenqualitäten darstellen (Student – Absolventeneinschätzung – Unternehmen)	205
5. 1. 3. Das Bündel Hochschulimage, Lehrplan etc. - also Agenda der Institution als solche (Student – Hochschulmarketing – Unternehmen)	208
5. 1. 4. Faktoren, die sich mit Qualitäten der Ausbilder an Hochschulen beschäftigen (Student – Trainererfahrung – Unternehmen)	210
5. 1. 5. Sonstige Faktoren, insbesondere Sozialkompetenz (Student – Absolventeneinschätzung – Unternehmen)	211
5. 2. Kritische Bemerkungen zur Erhebung	216
Schlußwort	XIII
Abkürzungsverzeichnis	X
Darstellungsverzeichnis	XI
Quellen- und Literaturverzeichnis	
a) Quellenverzeichnis	XVI
b) Literaturverzeichnis	XXVII
Anhang	
a) Fragebogen Österreich	XXXII
b) Fragebogen Baden-Württemberg	XXXVIII
c) Detailauswertungen der offenen Fragen	XLIV
Curriculum vitae des Autors	XLVIII

Abkürzungsverzeichnis

ABWL	Allgemeine Betriebswirtschaftslehre
ATS	Austrian Schilling
AHS	Allgemeinbildende Höhere Schule
APO	Außerparlamentarische Opposition
BA	Berufsakademie
BBRZ	Berufs-, Bildungs- und Rehabilitationszentrum
BFI	Berufsförderungsinstitut
BHS	Berufsbildende Höhere Schule
B-W	Baden-Württemberg
CAD	Computer Aided Design
CAM	Computer Aided Manufacturing
CIM	Computer integrated Manufacturing
CNC	Computer Numeric Control
CHE	Centrum für Hochschulentwicklung
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
FH	Fachhochschule
FHF	Fachhochschule Furtwangen
FHG	Fachhochschulgesetz (Baden – Württemberg)
FHK	Fachhochschulkonferenz
FHR	Fachhochschulrat
FHW	FH-Studiengänge der Wiener Wirtschaft
FHStG	Bundesgesetz über Fachhochschul-Studiengänge
FIRST	FH-Studiengang: Finanz-, Rechnungs- und Steuerwesen
GIF	Gemeinsame Innovationsberatung (IHK und FHF)
GPA	Gewerkschaft der Privatangestellten
HAK	Handelsakademie
HGP	Hochschulgesamtplan
HIS	Hochschulinformationssystem GmbH
HRG	Hochschulrahmengesetz
HRK	Hochschulrektorenkonferenz
HTL	Höhere Technische Lehranstalt
IHK	Industrie- und Handelskammer
IKT	Informations- und Kommunikationstechnologie
IMC	International Management Center (Krems)
IT	Informationstechnologie
KM	Kultusministerium (B-W)
KMU	Kleine und mittlere Unternehmungen
MA	Mitarbeiter
MCI	Management Center Innsbruck
NC	Numerus Clausus
NPO	Non Profit Organization
NUS	Nichtuniversitärer Sektor
ÖSTAT	Österreichisches Statistisches Zentralamt
PH	Pädagogische Hochschule
RKF	Rektorenkonferenz
RWZ	Regionales wissenschaftliches Dienstleistungszentrum
SDS	Sozialistischer Deutscher Studentenbund
SWS	Semesterwochenstunden
USD	United States Dollar
WIFI	Wirtschaftsförderungsinstitut
WR	Wissenschaftsrat

Darstellungsverzeichnis

	Seite
Tabelle I,2/1 Studierende nach Hochschularten und Geschlecht seit dem WS 50/51 (B-W)	21
Tabelle I,2/2 Schüler an öffentlichen und privaten Schulen in Baden-Württemberg seit dem Schuljahr 1952/53 nach Schularten und Geschlecht (B-W)	22
Tabelle I,2/3 Entwicklung der Studierendenzahlen an den Fachhochschulen (B-W)	23
Tabelle I,3/1 Entwicklung der Zahl der Studierenden an Hochschulen in Österreich	35
Tabelle I,3/2 Verteilung der Geschlechter an Fachhochschul-Studiengängen im WS 1997/98 in Österreich	36
Tabelle II,3/1 Globale Technologie Trends	67
Tabelle II,6/1 Lehrplanstruktur FH-Studiengang: Finanz-, Rechnungs- u. Steuerwesen	95
Tabelle II,6/2 Lehrplanstruktur FH-Studiengang: Marketing & Sales	97
Tabelle II,6/3 Lehrplanstruktur FH-Studiengang: Unternehmensführung für die mittelständische Wirtschaft	98
Tabelle II,6/4 Lehrplanstruktur FH-Studiengang: Kommunikationswirtschaft	101
Tabelle II,6/5 Lehrplanstruktur FH-Studiengang: Europäische Wirtschafts- und Unternehmensführung	102
Tabelle II,6/6 Lehrplanstruktur FH-Studiengang: Wirtschaftsberatende Berufe	104
Tabelle II,6/7 Lehrplanstruktur FH-Studiengang: Tourismusmanagement und Freizeitwirtschaft	105
Tabelle II,6/8 Lehrplanstruktur FH-Studiengang: Exportorientiertes Management EU-ASEAN-NAFTA	106
Tabelle II,6/9 Lehrplanstruktur FH-Studiengang: Internationale Wirtschaftsbeziehungen	107
Tabelle II,6/10 Lehrplanstruktur FH-Studiengang: Produktions- und Managementtechnik	108
Tabelle II,6/11 Lehrplanstruktur FH-Studiengang: Marketing	109
Tabelle II,6/12 Lehrplanstruktur FH-Studiengang: Kommunales Management	110
Tabelle II,6/13 Lehrplanstruktur FH-Studiengang: Informationswirtschaft und -management	111
Tabelle II,6/14 Lehrplanstruktur FH-Studiengang: Unternehmensgestaltende Berufe	112
Tabelle II,6/15 Lehrplanstruktur FH-Studiengang: Internationale Wirtschaft und Management	113
Tabelle II,6/16 Lehrplanstruktur FH-Studiengang: Betriebliches Prozeß- und Projekt-Management	114
Tabelle II,6/17 Der Andrang an die Fachhochschul-Studiengänge	115
Tabelle III,1/1 Rücklaufquoten der Aussendungen	131
Tabelle III,1/2 Regionaler Rücklauf	131
Grafik I,4/1 Standorte von FH-Studiengängen in Österreich	48

Vorwort

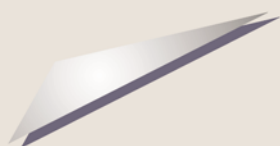
Es war ein Workshop, der den Autor letztlich zum Verfassen der nunmehr vorliegenden Arbeit veranlaßte. Auf einer Art Erfahrungsaustausch verschiedener Projektleiter fiel das Wort "Realprojekt". Auf die etwas humoristisch vorgetragene Anfrage, ob es denn sinnvoll sei, daß Wort "Projekt" noch weiter zu segmentieren, wurde erklärt, daß man hier eine didaktische Methode entwickelt habe, die den Praxisbezug der Studenten gewährleisten solle. Der Autor erfuhr, daß man hier im Klassenraum eine Projektsituation simuliert, wo der Projektleiter gewisse Aufgaben verlange, die dann bis zu einer gewissen 'deadline' zu erarbeiten wären. Auf die Frage, ob man denn mit den Studenten in die Betriebe gehe, dort Konzepte erarbeite und eventuell auch bei der Implementierung mithelfe und dafür auch einen Lohn verlange, antwortete man ihm, daß die Leute doch während der Ausbildung „noch nicht so weit seien“, sondern erst danach; von Geld wolle man gar nicht reden.

Im Verlaufe des Abends wurde dann noch über Fachhochschulen und deren Entwicklungen ausgiebig diskutiert; der Autor allerdings war nachdenklich geworden. Hatte er ein falsches, etwa veraltetes Verständnis von Praxis? Er erinnerte sich an sein erstes Projekt mit einem Studententeam für einen Umschlagsbetrieb, wo die Studenten zu seiner eigenen Verwunderung zwei Wochen nach dem Briefing mit blauer Montur antraten und nicht zusahen, sondern mithalfen ein ankommendes Schiff zu entladen, damit sie die Arbeit von der "Picke" auf kannten. Die Idee, in ein Projekt im Managementbereich auf diese Art und Weise einzusteigen, kam von ihnen selbst. Auch wurde von den Studenten ein Preis für das Konzept ausgehandelt, der zwar unter dem Marktpreis lag, aber dennoch seine motivierende Wirkung nicht verfehlte.

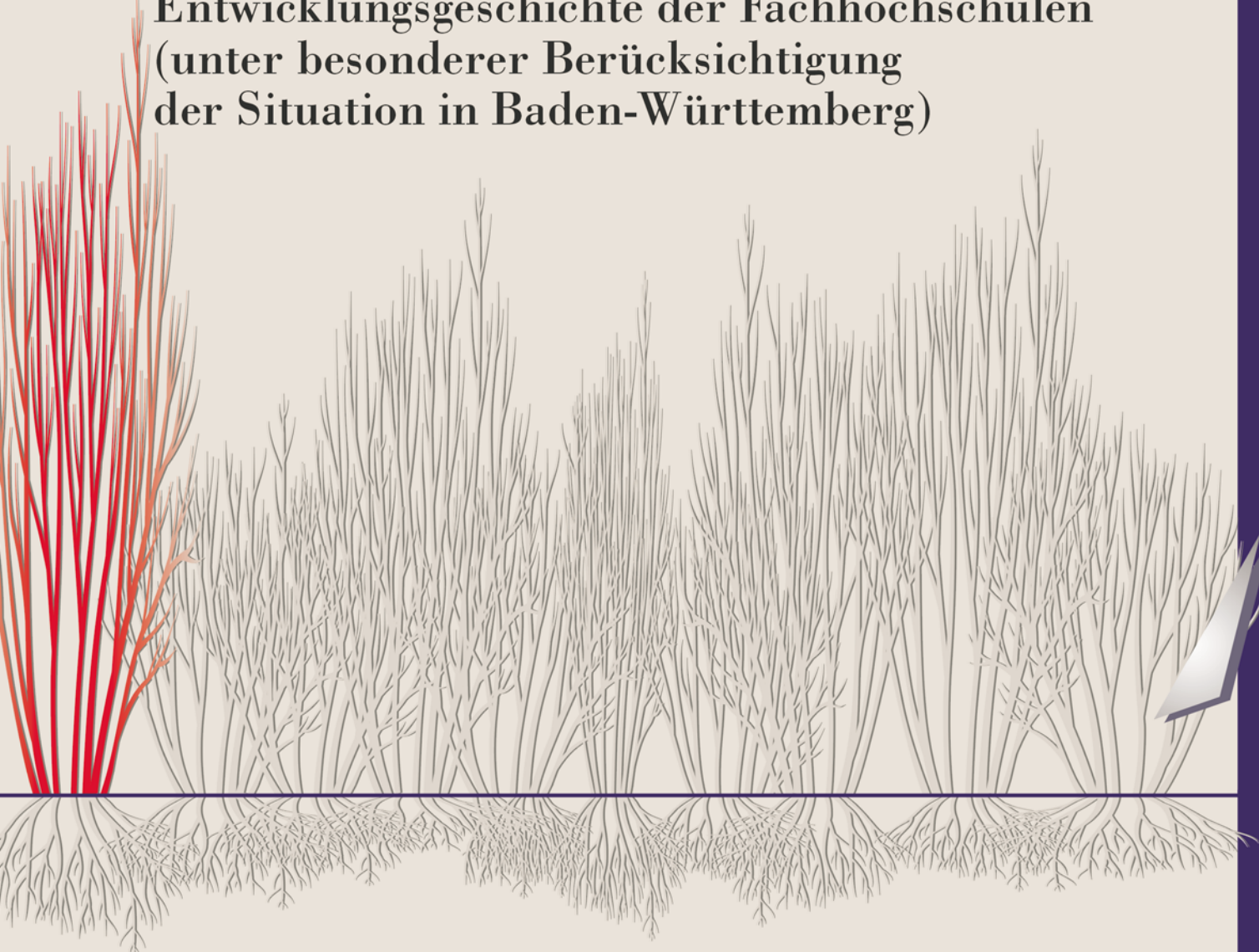
Seit diesem Tag begann sich der Autor mehr und mehr für die Fachhochschulen zu interessieren und vor allem dafür, welches Praxisverständnis diese an den Tag legen würden. Er besuchte Veranstaltungen, sprach mit Betreibern, aber auch Vertretern der Wirtschaft, und es reifte der Entschluß, eine Arbeit über dieses Thema anzufertigen. Er wußte nur noch nicht, wie er es "anpacken" sollte. Doch schließlich stand fest, einerseits eine empirische Arbeit durchzuführen mit dem Zweck, Unternehmen über ihre Einschätzung der Fachhochschulen zu befragen und andererseits aus Sekundärinformationen in einer Art Analyse die derzeitige Marktsituation in diesem Sektor zu untersuchen. Der entwicklungsgeschichtliche Hintergrund sollte dann das Bild abrunden. Diese Arbeit, die natürlich gegensätzliche Perspektiven bietet, liegt nun vor und der Autor wünscht den Lesern, daß sie daraus einige wertvolle Schlüsse ziehen können.

St. Pantaleon, im November 1999

TEIL I



Entwicklungsgeschichte der Fachhochschulen (unter besonderer Berücksichtigung der Situation in Baden-Württemberg)



1. Einleitung und Vorgeschichte

1. 1. Einleitung

Bei diesem Teil geht der Autor davon aus, daß die geschichtliche Entwicklung des Schulsystems in Österreich dem Leser in den meisten Fällen schon aus Altersgründen besser vertraut ist als jene in Baden-Württemberg. Daher stellen einige der nun folgenden Kapitel die Situation dort in den Vordergrund.

Die anschließende Vorgeschichte über das Schulwesen in Baden-Württemberg vor der Installation des FH Sektors (1971) stellt die Ingenieurschulen in den Mittelpunkt. Der Grund liegt nicht nur in der produktionsorientierten Wirtschaftsstruktur, sondern auch in der enormen Dichte dieser Schulen in diesem Land. Desgleichen eignet sich diese Darstellung als Hintergrund zur genaueren Betrachtung der Problematik der zukünftigen Position der HTL (resp. HAK) in Österreich.

Bei der Entstehungsgeschichte der Fachhochschulen in Baden-Württemberg wurde dem Hochschulgesamtplan unter dem Hintergrund der großen Studentenrevolten 1968 hinreichend Platz eingeräumt, ebenso der Entwicklung bis in die 90er Jahre hinein. Auf die Entwicklung einer dieser Fachhochschulen wurde unter dem Gesichtspunkt der Regionalentwicklung genauer eingegangen. Für Österreich wurde auf eine langatmige Darstellung der Diskussion vor 1990 verzichtet und eher versucht die Entwicklung der Fachhochschulen aus quantitativer Sicht sowohl bei den Studierenden als auch vom Angebot her darzustellen.

Ein kurzer quantitativ statistischer Teil, welcher vorwiegend für Vergleichszwecke, aber auch für die Einschätzung zukünftiger Entwicklungen dient, soll das Bild abrunden. Einer „wahrscheinlichen“ Entwicklung des FH-Sektors und jener Faktoren, die diese heute schon determinieren, wurde hinreichend Platz im Rahmen dieser Arbeit eingeräumt.

Österreich ist natürlich, von der Erfahrungskurve her gesehen, in manchen Bereichen noch zurück, mag also aus der Entwicklung in Baden-Württemberg in einigen Punkten lernen können.

1. 2. Vorgeschichte (unter besonderer Berücksichtigung der Ingenieurschulen in Baden-Württemberg)

Mitte des vorigen Jahrhunderts entstanden im deutschen Südwesten mehrere Einrichtungen des beruflichen Schulwesens, die alle dem gleichen Zweck - der Gewerbeförderung dienten. In Karlsruhe war es 1825 eine Polytechnische Schule, ihr wurde 1832 eine Ingenieurschule angegliedert, und schließlich gab es ab 1878 die Großherzoglich Badische Baugewerkschule, deren Nachfolger die Staatliche Ingenieurschule Karlsruhe war. 1845 entstand die Staatsbauschule Stuttgart; aus ihr gingen die staatlichen Ingenieurschulen in Stuttgart und Esslingen hervor.

In Württemberg gab es eine Königliche Zentralstelle für Gewerbe und Handel, die 1855 in Reutlingen eine Webschule gründete, aus der, über das Technikum für Textilindustrie, die Staatliche Ingenieurschule für Textilwesen wurde, der 1967 das genannte Technikum noch angeschlossen war (1). Weitere Gründungen von Schulen folgten, die meist mit jenem Gewerbe (Branche) zu tun hatten, die in der betreffenden vorwiegend ruralen Gegend vorherrschend war.

Für Württemberg ist auch noch das Dekret von Wilhelm I über die Verwaltungsdienstprüfung von 1837 zu nennen, die zur Gründung von mehreren Verwaltungsschulen (heute Verwaltungsfachhochschulen), im speziellen der in Ludwigsburg, führte, zu nennen. Und schon in diesem Dekret wurde in den Anforderungen für die 'niedere' Dienstprüfung u. a. die „praktische Fertigkeit in den hierher gehörenden Geschäften, besonders in der Behandlung schwieriger Rechnungsfälle“, explizit angeführt. (2) Anfang dieses Jahrhunderts etablierte sich eine neue Gruppe von Schulen; sie hatten mit Sozialwesen zu tun und wurden vorwiegend von Frauen besucht, so z. B. die „Soziale Frauenschule in Stuttgart“, heute „Fachhochschule für Sozialwesen Esslingen“ (3)

Jedenfalls ging das Land Baden-Württemberg erst Mitte der 50er Jahre daran, sein Sekundarschulwesen zu organisieren, und dessen bundesweite Vereinheitlichung begann erst Anfang der 60er Jahre. Auch die Politik merkte inzwischen, daß z. B. der Ausbau der deutschen Ingenieurschulen für die wirtschaftliche Stellung der Bundesrepublik immer bedeutsamer wurde. Das Problem war nach Meinung des Autors eine Frage, was nun als Ingenieurschule zu betrachten wäre. So gab es auch Schulen, die ab der Volksschule an eine theoretisch/praktische Ausbildung vermittelten, jedoch in einem sehr speziellen Teilbereich, wie etwa die Uhrmacherschule in Furtwangen. Zwischen 1945 und 1960 wurden in Baden-Württemberg also eine Reihe von Ingenieurschulen gegründet bzw. "alte" Fachschulen etc. zu Ingenieurschulen adaptiert.

Innerhalb von 10 Jahren hatte sich dann die Kapazität der Bau- und Ingenieurschulen des Landes Baden-Württemberg nahezu verdoppelt. Trotzdem mußten immer noch geeignete Interessenten abgewiesen werden, und zwar in erster Linie in den Fachrichtungen Maschinenbau und Elektrotechnik, wo hunderte Studienwünsche unerfüllt blieben.

So wurde 1961 in Heilbronn eine neue Ingenieurschule gegründet und in Mannheim ein neuer Maschinenbau-Zug angeschlossen. Das Land plante auch drei neue Ingenieurschulen in Aalen, Pforzheim und einem noch unbestimmten Ort, die heute alle Fachhochschulen sind.

Im WS 60/61 studierten an 9 Ingenieurschulen etwa 5600 Studierende und in 5 Höheren Fachschulen noch einmal 1200. Die Ingenieurschulstandorte waren in Esslingen und Ulm, Karlsruhe und Konstanz, Mannheim, Reutlingen, Aalen. Höhere Fachschulen gab es insgesamt 5, von denen 4 auch Fachhochschulen wurden. (4)

Im Vergleich dazu: Die Zahl der Studierenden an Ingenieurschulen in der Bundesrepublik stieg zwischen WS 57/58 und 60/61 von 35.800 auf 43.500, also um 21 %. Die Zahl der Ingenieurschulen stieg von 78 auf 84. Die Zahl der Studenten an wissenschaftlichen Hochschulen stieg zwischen WS 56/57 und 59/60, also ebenfalls in 4 Jahren, um 34 % auf 190.100. Es gab 18 Universitäten, 8 Technische und 7 sonstige Hochschulen. (5)

1967 beschloß die Kultusministerkonferenz mit der Zuerkennung der fachgebundenen Hochschulreife für Absolventen höherer Fachschulen deren Möglichkeit zum Übergang auf wissenschaftliche Hochschulen, wie sie bislang nur Absolventen der Ingenieurschulen zustand. Dies kam einer Abwertung des Ausbildungsabschlusses der Ingenieurschulen und einer Fixierung der Stellung dieser Ausbildungsstätten unterhalb der Hochschulen gleich.

Allerdings sollte sich dies ändern. In den Ingenieurschulen wuchs der Unmut. Bis 1970 nahmen sich hauptsächlich einige Verbände und Vereinigungen, der Sache der Weiterentwicklung der Ingenieurschulen an, wie etwa der Verband der Dozenten an Bayrischen Ingenieurschulen, der in Bayern z. B. eine Ingenieurakademie im tertiären Sektor ohne Promotionsrecht forderte. (6)

Und eben diese Unzufriedenheit der Ingenieurschulen mit ihrer Einordnung im baden-württembergischen Bildungssystem und der zukünftigen Anerkennung von Titeln und Graden in der EWG, sollte zu den Unruhen von 1968 beitragen und den Weg und die Art und Weise der Einrichtung von Fachhochschulen maßgeblich mitbestimmen und dies nicht nur in Baden-Württemberg.

2. Die Entwicklung der Fachhochschulen in Baden-Württemberg

2. 1. Auf dem Weg zur Fachhochschule – Hochschulgesamtplan

In der Zeit zwischen 1967 und 1971 wurde nicht nur in Baden-Württemberg sondern in der gesamten BRD an einer Veränderung der Hochschullandschaft gearbeitet. Die Kultusministerkonferenz beschäftigte sich z. B. mit einer Überleitung von gewissen Fachschultypen in die Akademieform, was aber nur einen Schilderwechsel bedeutet hätte und einem einheitlichen Fachhochschulbereich eher kontraproduktiv gegenübergestanden wäre, aber auch mit der Anhebung von Eingangsniveaus etc. Ebenso fielen in diese Zeit die großen Studentenrevolten, vor allem 1968, die zum Teil auch den im folgenden beschriebenen "Dahrendorf Plan" zur Ursache hatten, zumindest was die Ingenieurschulen betrifft.

Der Hochschulgesamtplan oder auch "Dahrendorf Plan" brachte die Zeugung der Fachhochschule. Der HGP wurde von Dahrendorfs "no-nonsense-committee" erarbeitet bzw. dem "Arbeitskreis Hochschulgesamtplan", der im Kultusministerium installiert wurde.

Dahrendorf wurde im Januar 1967 beauftragt, nachdem schon im Juli 1966 eine konstituierende Sitzung stattgefunden hatte. Die zu berücksichtigenden Parameter waren wachsende Widerstände. Die Wirtschaft wollte an traditionellen Fach- bzw. Ingenieurausbildungen festhalten, die Hochschulabteilung die Universitäten retten und die Pädagogischen Hochschulen ihre Eigenständigkeit als wissenschaftliche Hochschulen entwickeln. Dennoch wurde der Plan nach relativ kurzer Zeit im Juli 1967 dem Minister übergeben und im Oktober 1967 als HGP I (zunächst ohne "I") veröffentlicht. (7)

Ministerialrat Dr. von Alberti, der ab 1967 für 17 Jahre lang das Referat Ingenieurschulen bzw. Fachhochschulen im KM leitete, schrieb in seiner Geschichte der Fachhochschulen Baden-Württembergs, daß der HGP I für die zukünftige Gestaltung des Hochschulbereichs einen verhältnismäßig weiten Rahmen steckte, indem er, von einem "differenzierten Hochschulbereich ausgehend, bereits zwischen integrierter und kooperativer Gesamthochschule unterschied." (8)

Laut Dahrendorf-Plan sollte der Ort, innerhalb dessen solche Differenzierung erfolgt, die Gesamthochschule sein. Die kooperative Gesamthochschule sollte Universität, PH, FH, Kunsthochschule und Studienseminar umfassen, die selbständige Einrichtungen bleiben; so wären die Fachhochschulen in den Hochschulbereich eingeordnet.

Der allgemeine Aufgabenkatalog für die "differenzierte Gesamthochschule" enthielt neben der Durchlässigkeit zwischen den einzelnen Gliedern und Flexibilität etwa die folgenden Konditionen: Austausch von Dozenten,

gleichzeitiges Studium an verschiedenen Institutionen, Verbindung von Lehrveranstaltungen, neue und arbeitsteilige Studiengänge, gemeinsames Kontaktstudium, Zusammenarbeit in Fragen der Hochschuldidaktik, gemeinsame Berufungs- und Prüfungskommissionen, inhaltliche Abstimmung von Lehr- und Studienplänen, gemeinsame Raumnutzung (z. B. bei Bibliotheken), die Bildung gemeinsamer Zentralverwaltungen u. a. für Immatrikulation und Auslandsamt, einheitliche soziale Betreuung durch ein gemeinsames Studentenwerk usw.

Bei dem im April 1969 vorgelegten HGP wurde für die Fachhochschulen mit einem überproportionalen Anstieg der Studentenzahlen ausgegangen und die rasche Vorlage eines FH-Gesetzes gefordert. In den Jahren zwischen 1954 und 1968 hatten die Studentenzahlen an den Universitäten um 127 % zugenommen, an den Pädagogischen Hochschulen um 526 % und an den Ingenieurschulen um 148 %. (9) Es war eine der Grundvoraussetzungen des HGP und einer seiner Anlässe, daß auch in Zukunft mit einem starken Anwachsen der Studienberechtigten zu rechnen war, was die weiter unten angestellten statistischen Betrachtungen bestätigen.

Schließlich kam es Ende Oktober 1968 zum Abkommen der Ministerpräsidenten, das den Weg zur Fachhochschule allgemein ebnete. Wenn auch manche Fragen, wie die der Rechtspersönlichkeit, zunächst noch nicht endgültig geregelt waren, ging man 1969 in den Ländern eifrig daran Fachhochschulgesetze zu schaffen, wobei die Vorgaben der Ministerpräsidenten nur teilweise übernommen wurden; allerdings waren sich alle Länder rasch darüber einig, daß die Fachhochschulen rechtsfähige öffentliche Körperschaften sein sollten.

Im folgenden soll nun kurz auf die wohl größte Problemstellung, nämlich der Reform der Ingenieurausbildung eingegangen werden, ohne die die Fachhochschulen nicht das geworden wären, was sie heute darstellen. Der Wortlaut des HGP dazu: „Die Ingenieurschulen und vergleichbare Einrichtungen sind als Fachhochschulen einzurichten. Der Studiengang umfaßt sechs Studiensemester und in der Regel zwei Industriesemester. In Verbindung mit den beruflichen Gymnasien werden Fachoberschulen eingerichtet, ... Status und Organisation der Fachhochschulen sind durch ein Gesetz zu regeln.“ (10)

Der Kerngedanke von Dahrendorfs Plan war es, daß die Hochschullandschaft künftig durch ein Nebeneinander von Lang- und Kurzzeitstudiengängen gekennzeichnet sein sollte. Im technischen und wirtschaftlichen Bereich sollten die Ingenieurschulen und Höheren Fachschulen die Keimzelle für die Kurzzeitstudiengänge bilden; allerdings bestand die Vorstellung, daß man die Ingenieurschulen und Höheren Fachschulen gewissermaßen teilen, d. h. zum einen Teil in die Hochschullandschaft einbeziehen, zum anderen Teil aber in die Fachschulen hinabstufen sollte.

Der FDP Abgeordnete (und Konstanzer) Professor Ralf Dahrendorf, warf nämlich die Grundsatzfrage auf, ob alle Ingenieurschulen Fachhochschulen werden und damit in den Hochschulbereich eingegliedert werden sollten. Seinen Vorstellungen entsprechend sollte nur ein Teil dieser Schulen den Hochschulstatus zugebilligt bekommen, der andere aber als Fach- oder Technikerschule eingestuft werden, wobei sich Dahrendorfs Grundsatzfrage jedoch nicht auf gestufte Ausbildungs- oder Studiengänge bezog, sondern darauf, ob alle Orte, in denen sich Ingenieurschulen befanden, als Standorte von Hochschulen geeignet wären. (11) Diese Frage erscheint dem Autor vor allem aus Gründen der Platzfrage in urbanen Zentren, und da lagen ja die „alten“ Ingenieurschulen, gerechtfertigt. Waren diese Schulen auch für den Ausbau zu einer Fachhochschule mit eigenem Campus geeignet?

Eine Totalanhebung der Ingenieurschulen, die sie zum stärksten Segment des Fachhochschulsektors machen sollte, war insbesondere auf berufs- und gesellschaftspolitische Forderungen der Ingenieure und der Wirtschaft zurückzuführen, denn was sollten Wirtschaft und Verwaltung, ginge es nach dem HGP, mit vier verschiedenen Ingenieurarten anfangen? Und so wurde aus den Ingenieurschulen das Modell der neuen Fachhochschulen, die ja im wesentlichen technische Studiengänge anboten.

Die Diskussion um die "Ingenieurschulreform" konzentrierte sich auch auf die "Fachhochschulreife". Baden-Württemberg hatte hier auch den Beschluß der Ministerpräsidenten zu berücksichtigen, der die Einrichtung von Fachoberschulen vorsah, die am Ende der Klasse 12 zur Fachhochschulreife führen. Baden-Württemberg führte zwar die Fachoberschulen nicht ein, übernahm aber die Fachhochschulreife am Ende der Klasse 12, allerdings des Gymnasiums, also die "Obersekundarreife". (12)

Vom Dahrendorf-Plan waren aber auch die Universitäten betroffen. Aber nicht nur von diesem, denn die studentische Protestbewegung hatte einen weitergehenden Hintergrund. In der Chronik der Universität Tübingen liest man: "Nachdem die von der studentischen Protestbewegung in den Vordergrund gerückten Postulate einer Organisationsreform der Universität mit dem Ziel ihrer Demokratisierung durch den gesetzlich festgelegten Übergang zum System der Gruppenuniversität bis auf weiteres als erfüllt gelten konnten, konzentrierte sich die Diskussion ... auf die Studienreform." (13)

Würdigt man den Plan heute im Rückblick, so mag es sein, daß er für den Bereich der Universitäten manche Anreize gegeben hat, spektakuläre Änderungen hat der Plan dort jedoch nicht zur Folge gehabt. Dauer ist jedoch dem Vorschlag beschieden gewesen, die Ingenieurschulen in den Hochschulbereich einzubeziehen, wenn auch aus der vorgeschlagenen Teilanhebung eine Totalanhebung wurde. Dem HGP I folgte 1972 der Hochschulgesamtplan II für Baden-Württemberg, ein Entwicklungsplan für einen in Gesamthochschulen gegliederten Hochschulbereich.

2. 2. Das Jahr 1968 in der Retrospektive

„Jahrestage verführen zu Legendenbildungen“, schrieb eine Wochenzeitung am 5. Juni 1987 (14). Der Tod des Studenten Benno Ohnesorg am 2. Juni 1967 wird gelegentlich als der Auslöser der Studentenrevolte bezeichnet. Aber diese Revolte hat schon früher begonnen.

Wie weit dieser Prozeß vorangeschritten war, konnte man daran erkennen, daß der Tod jenes Studenten fast gleichzeitig an allen Universitäten der Bundesrepublik zu Protestunruhen führte. Kultusminister Hahn stellte im übrigen zu Recht fest, daß die Protestbewegung keineswegs ein Resultat der restaurativen Politik der Adenauer-Ära war, sondern sich von Berkley ausgehend „rund um die Welt wie eine Welle fortsetzte“ (15).

Am Gründonnerstag 1968, wurde Rudi Dutschke bei einem Revolverattentat auf dem Berliner Kurfürstendamm schwer verletzt; er war der Führer des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes (SDS). Überall löste dieser Mordanschlag Demonstrationen und zum Teil blutige Zusammenstöße mit der Polizei aus. Der Anschlag traf nämlich den führenden Kopf der sogenannten Außerparlamentarischen Opposition (APO), und vor allem Studenten sahen darin eine Folge der Berichterstattung der „Springerpresse“ über die Unruhen der letzten Monate. In München gab es bei Auseinandersetzungen zwei Tote, Ende April hielt der Deutsche Bundestag eine Sondersitzung wegen der Studentenunruhen ab.

Im Mai herrschte Chaos in Frankreich. Heftigen Studentenunruhen und einer Streikwelle versuchte die Regierung mit Polizeimitteln zu begegnen. Anlaß der Unruhen war die Schließung einer Fakultät der Sorbonne; eine Straßenschlacht im Studentenviertel Quartier Latin folgte. Die Auseinandersetzungen mit der Polizei nahmen in Paris und anderen Universitätsstädten bürgerkriegsähnliche Ausmaße an. Das Vorgehen der Polizei gegen die Studenten führte zu Solidaritätsstreiks der Gewerkschaften, Arbeiter besetzten Fabriken, gleichzeitig aber ließen die Gewerkschaften die Streikziele mit gewerkschaftseigenen und -typischen Zielen besetzen: Lohnerhöhungen und kürzere Arbeitszeit. Nun griff Präsident de Gaulle ein. Er erklärte die Bereitschaft der Regierung zu sozialen Reformen und einer Neuordnung des Universitätswesens. Damit konnte er sich auch politisch behaupten.

Im Mai 1968 gingen auch in der Bundesrepublik die Studenten auf die Straße. Sie protestierten gegen die Verabschiedung der Notstandsgesetze. Am 13. Mai machten 3000 Demonstranten einen Sternmarsch auf Bonn, am 14. wurde Andreas Baader, eine Gallionsfigur der APO, zu 3 Jahren Zuchthaus verurteilt.

Trotzdem sollte man das, was sich 1968 tat, auch mit studentischen Augen sehen. Die 'Neue Züricher Zeitung' leitete eine Reportage mit der Bemerkung ein, "studentische Störaktionen gehören eigentlich zu jeder Feier oder öffentlichen Kundgebung in der Universität"; oder es war die Rede vom "pseudorevolutionären Gesangsverein". (16)

Soziologen und Politologen zeigten Verständnis: Jürgen Habermas veröffentlichte schon 1968 "6 Thesen über Taktik, Ziele und Situationsanalysen der oppositionellen Jugend"; Erwin Scheuch schrieb eine "Anleitung zum Verständnis studentischer Protestaktionen"; "Das Gewerbe der Rebellen" wurde analysiert; Ralf Dahrendorf - damals Konstanzer Soziologe - wurde zu der Frage veranlaßt, ob "die Universitäten tot sind". (17)

Alle Regierungserklärungen hatten plötzlich die Hochschulreform zum Thema, welche gegen die Studenten, gegen die Universität und auch gegen die Professoren gerichteten Emotionen in der Öffentlichkeit mobilisierten.

Hauptsächlich aber war die Studentenreform ein Aufbegehren gegen die Oligarchie der Lehrstuhlinhaber und deren restriktiv handhabbare Organisationshilfen; auf den Punkt gebracht mit dem Vers: "Den Mief von tausend Jahren blasen wir aus den Talaren". (18) Die Abstufung Student – Doktorand – Habilitand - Privatdozent - Lehrstuhlinhaber bilde für die Verfassung der akademischen Beschlußgremien kein verlässliches Orientierungsmerkmal, sie verbürge keine optimale Sachgerechtigkeit und so weiter.

Karl Steinbuch sprach von einer Kulturrevolution zwischen 1966 und 1974 und schrieb. "Vor der Kulturrevolution verfügten wir mit unseren hochwertigen Universitäten über wissenschaftliche Instanzen, von denen man glaubwürdige Auskünfte bekam. Aber seit der Kulturrevolution verbreitet sich der Verdacht, man könne für jede wissenschaftliche Aussage einen passenden Professor finden". (19)

1972 schrieb Steinbuch an den damaligen Bundeskanzler Willy Brandt in einem offenen Brief u.a.: „Die Kritik der „Kritiker“ zielt nur scheinbar auf die Verbesserung des Kritisierten, tatsächlich ist ihr Ziel aber die Verunsicherung der Verantwortlichen, die Verschlechterung der Zustände..., und so die Vorbereitung der Systemzerstörung. Die erste Etappe der Systemzerstörung ist bald erreicht, die Universitäten von der Wissenschaft zum Klassenkampf umzufunktionieren und die Verteidiger der Wissenschaft als egoistische Starrköpfe abzuqualifizieren.“

Brandt antwortete hierzu: "Auch die Universität mußte und muß reformiert werden. Dabei gibt es zeitweilige Fehlentwicklungen, die nur zum Teil vermeidbar sind. Es ist im übrigen mein Eindruck, daß das ungestüme Drängen aus den Reihen der jungen Generation doch auch einen positiven Beitrag geleistet hat, denn es hat geholfen, erstarrte Formen zu erneuern." (20)

Kultusminister Wilhelm Hahn (Heidelberger Hochschulprofessor), ohne Zweifel nicht nur in Baden-Württemberg die entscheidende Kraft bei der Reform des Hochschulbereichs, sondern auch bei der Kulturpolitik des Bundes, erlebte diese Zeit in der die Begriffe "Gesamthochschule" und "Fachhochschule" erdacht wurden, so:

Über Heidelberg schrieb er, daß es zu einem Brandherd der studentischen Unruhe wurde. Für verantwortlich hielt er den SDS, dessen Ideologie die Frankfurter Schule um Marcuse, Adorno und Habermas hervorbrachte. Selbst Toleranz sei ein Mittel kapitalistischer Repression und einziges Hilfsmittel sei die totale Verweigerung. Daß sich die deutsche studentische Protestbewegung stärker ideologisierte als die anderer Länder, führte Hahn auf "unseren Nationalcharakter" zurück, dem es entspreche, den "Aufguß vulgär-marxistisch präparierter Thesen wie ein Evangelium" zu begrüßen.

„Einige Zeit hielten uns die Studenten der Ingenieurschulen besonders in Atem. Obgleich diese Institutionen die besten Aufstiegsmöglichkeiten für Real- und Hauptschüler waren, forderten die Studenten nun für ihre Nachfolger die Hochschulreife um ihren eigenen Status zu verbessern. Demagogisch wurde behauptet: Wenn die Ingenieurschulen nicht zu Fachhochschulen angehoben würden, hätte der deutsche Fachschulingenieur keine Arbeitsmöglichkeit in der EWG“. (21)

Hermann Kahn stellte 1982 im Rückblick zu den Ereignissen lapidar fest: „Der deutschen Bildungsreform hat das wesentliche Motiv gefehlt, nämlich die Bildung zu verbessern.“ (22)

2. 3. Die Fachhochschulen bis in die 90er Jahre

2. 3. 1. Gründungsphase: 1971 - 1975

Die Einrichtung von Fachhochschulen stand in Baden-Württemberg in einem engen Zusammenhang mit der Planung von Gesamthochschulen. In Baden-Württemberg wurden alle bisherigen Ingenieurschulen und Höheren Fachschulen, staatliche wie private, selbständige Fachhochschulen. Obwohl prinzipiell die Möglichkeit bestand, noch nicht ausgebaute Fachhochschulen zusammen- oder zu verlegen, oder Regional-Fachhochschulen zu bilden, wurde davon nie Gebrauch gemacht. Dies lag unter anderem daran, daß die Vorläuferinstitutionen schon an Orten konzipiert wurden, die ein regional ausgeglichenes berufliches Bildungsangebot sichern sollten. Das sollte nicht verlorengehen - im Gegenteil: die Fachhochschulen erhielten später einen ausdrücklichen regionalen Bildungsauftrag.

In anderen Bundesländern wurde anders verfahren. Stellte Baden-Württemberg mit seinen 22 selbständigen staatlichen Fachhochschulen (ohne Verwaltung etc.) ein Extrem dar (allein in Stuttgart 4 Fachhochschulen), so Rheinland-Pfalz ein anderes, dort errichtete das Land eine einzige staatliche Fachhochschule mit dem Namen "Fachhochschule des Landes Rheinland-Pfalz", und unter diesem Dach wurden alle früheren Ingenieurschulen usw. als unselbständige Abteilungen zusammengefaßt. (23) In Bayern wurden aus 27 Vorläuferinstitutionen 8 Fachhochschulen organisiert. Lediglich das kleinste Bundesland, Bremen, machte es wie Baden-Württemberg, nannte seine 5 Fachhochschulen aber Hochschulen, z. B. Hochschule für Technik. (24)

Das Fachhochschulgesetz (FHG) von Baden-Württemberg wurde jedenfalls im Dezember 1971 vom Landtag beschlossen und rückwirkend zum 1.10.1971 in Kraft gesetzt. Im Februar 1972 fand in Stuttgart die 76. und letzte Direktorenkonferenz der Staatlichen Ingenieurschulen, Höheren Wirtschaftsfachschulen und Kunst- und Werkschulen des Landes Baden-Württemberg statt. Abgelöst wurde sie von einer Rektorenkonferenz. Die Rektorenkonferenz ist eine Institution aller Rektoren der Fachhochschulen in Baden-Württemberg. Sie tagt unabhängig und faßt Beschlüsse.

Die 3. Sitzung der RKF im Juli 1972 brachte die ganze Problematik der Anpassung an das FHG zutage, wie Dauer der Vorbereitungskurse, Einrichtung eines 'Akademierings' und dessen Verhältnis zur FH Zugangsbedingungen (d.h. Relation von FH- zu allgemeiner Hochschulreife), Abschlußgrad der FH, integrierte Studiengänge in den Gesamthochschulen, Zielvorstellungen zur Studienstruktur, Gewerbelehrausbildung, Industrie-semester-Planungen, Ausbauplanung, Studentenwerksfragen etc. (25)

Ein großes Problem war die Anerkennung deutscher Ingenieure in Europa. Diese ging zurück auf die Römischen Verträge von 1957 und danach sollte schon 1970 eine Entscheidung getroffen sein. Richtlinienvorschläge der EWG-Kommission teilten die Ingenieure bei der gegenseitigen Anerkennung der Diplome bzw. sonstigen Befähigungsnachweise zur Aufnahme selbständiger Tätigkeiten in drei Gruppen.

Die Gruppe 1 umfaßte Personen mit Abitur und entweder einem vierjährigen Studium auf "niveau universitaire", (also "wissenschaftlich und theoretisch" und ohne Berücksichtigung von Praxis) oder einem "technisch und praktisch betonten dreijährigen Studium" (ebenfalls auf "niveau universitaire" plus mindestens einjährigem gelenkten Praktikum).

Die Gruppe 2 betraf Personen, die eine zwölfjährige Schulzeit (möglicherweise einschließlich praktischer Ausbildung) und eine dreijährige technische Ausbildung deutlich unterhalb dem zuvor genannten Niveau haben.

In die Gruppe 3 gehörten alle "qualifizierten Techniker".

Entscheidende Kriterien waren also Vor- und Ausbildung. Die deutschen Ingenieurschul- und auch die FH-Absolventen kamen nach Gruppe 2; daran konnten auch zwei in das Studium integrierte Praxissemester nichts ändern.

Unter dem Stichwort "Neue Wege der beruflichen Bildung" stellte das Kultusministerium im Jahr 1973 eine Alternative zu der bisherigen Einbahnstraße über das Abitur zur Hochschule vor. Es handelte sich dabei um die Ankündigung der Schaffung eines "Akademierings", dessen konkrete Form die Berufsakademien waren. Den Grundstock des Akademierings sollten die Berufsakademien in Stuttgart und Mannheim bilden. (26)

Ursprünglich sollten den Akademiering Fach- und Berufsfachschulen und ähnliche Institute bilden. Der Akademiering II, die Berufsakademien, aber machten den Fachhochschulen größere Sorgen. Sie rückten ihnen so nahe, daß sie aus Sicht der Fachhochschulen entweder gefährlich oder überflüssig wurden. Wenn sie funktionierten, nahmen sie den Fachhochschulen Abiturienten als Studienbewerber weg; damals konnte das noch problematisch sein. Zudem waren die BA-Ausbildungsrichtungen identisch mit denen der Fachhochschule, nämlich Technik, Wirtschaft und Sozialwesen. Diese Rivalität führte zu einer Verunsicherung der Wirtschaftstreibenden.